

# Quovadis, Fäsenstaub?

- 30.01.2026
- Schaffhauser Nachrichten
- Fabian Babic

Laut Bundesrat soll der Fäsenstaubtunnel vor 2045 mit einer zweiten Röhre ausgestattet werden. Kanton und Stadt wollen bis dann auf den Bau eines Sicherheitsstollens verzichten, der Schaffhauser Präsident der Verkehrskommission hält das für unrealistisch.

Nun also doch: Der Bundesrat will der zweiten Röhre des Fäsenstaubtunnels eine höhere Priorität einräumen und sie bereits vor 2045 ins Auge fassen. Bis Ende Juni 2026 soll eine Vernehmlassungsvorlage folgen.

Schon jetzt sorgt die Wiederaufnahme des Mega-Projekts für politische Diskussionen. Thomas Hurter (SVP) ist Präsident der Verkehrskommission des Nationalrats und damit direkt in die Verkehrspolitik im Parlament eingebunden. Er steht einem Bau der zweiten Fäsenstaubröhre vor 2045 entschieden positiv gegenüber und begrüsst den Entscheid von Bundesrat Albert Rösti. Gleichzeitig widerspricht Baudirektor Martin Kessler, der in den SN einen direkten Bau der zweiten Röhre zur Behebung der Mängel im Fäsenstaubtunnel vorschlug. Mit diesem Vorgehen meinte Kessler, auf einen vom Astra vorgesehenen Sicherheitsstollen verzichten zu können.

«Keine Wahl» Demgegenüber betont Hurter, dass dieser Sicherheitsstollen sinnvoll und zweckmässig sei. «Der Fäsenstaub ist der einzige stark befahrene Nationalstrassentunnel im Gegenverkehr ohne Sicherheitsstollen und damit ohne normkonforme Fluchtwege. Das kann nicht über längere Zeit so bleiben.» Der Sicherheitsstollen werde als sinnvolle und notwendige Übergangslösung dienen, bis die zweite Röhre baureif sei. «Das schulden wir den Nutzerinnen und Nutzern.

» Der Stollen werde auf der Linie der künftigen zweiten Röhre gebaut werden, womit sich die Übergangsinvestitionen minimieren liessen. Zudem warnt Hurter davor, jetzt noch umfassende Anpassungen am Projekt vornehmen zu wollen. «Jede grössere Veränderung des alten Projekts führt dazu, dass wir auf Feld eins zurückgeworfen werden. Dann schliesst sich die Tür für die nächsten 20 Jahre.» Lediglich kleinere Anpassungen oder flankierende Massnahmen seien zu diesem Zeitpunkt noch realistisch.

«Andere Vorschläge verkennen die Ausgangslage, in der wir uns befinden.» Es brauche in der anlaufenden Vernehmlassung ein klares Zeichen von Kanton und Stadt, dass beide das ursprüngliche Projekt wollen. Bis jetzt habe die Stadt leider eher diffus agiert. «In Bern hat man manchmal das Gefühl, sie spiele mit verdeckten Karten.» Verständnis für Anwohner SVP-Ständerat Hannes Germann kann gewisse Einwände aus der Stadt nachvollziehen, «sie waren nicht alle unbegründet».

So habe sich ihm die Sinnhaftigkeit einer zweistöckigen Führung zwischen der Galerie Schönenberg und dem Fäsenstaubtunnel bis zuletzt nicht erschlossen. «Ich kann verstehen, dass die Anwohner die fehlende Überdachung beanstandet haben, das war vielleicht nicht die geschickteste Lösung.» Im Gegensatz zu Hurter zeigt sich Germann zuversichtlich, dass noch einige Änderungen zugunsten der Stadtbevölkerung vorgenommen werden könnten. Was in der Politik zunächst unmöglich erscheine, entpuppe sich bei genauerem Hinsehen oft doch als möglich. «Wir sind ein Land der Ingenieure; wenn wir in den nächsten fünf bis zehn Jahren keine Lösung finden, wäre das eine Bankrotterklärung.

» Namentlich der Stadtrat müsse nun klare Kante zeigen, «sonst laufen wir Gefahr, der nächsten Generation ein Chaos von historischem Ausmass zu hinterlassen». Eine zweite Röhre tue nicht zuletzt auch wegen des gefährlichen Gegenverkehrs im Fäsenstaubtunnel not. «Es geht um die Sicherheit von Familien auf dem Weg in die Ferien und um die Sicherheit all jener, die Tag für Tag

zur Arbeit fahren.» Grosse Konsequenzen Recht ähnlich lässt sich SP-Nationalrätin Linda De Ventura vernehmen. Sie wolle jetzt keine Grundsatzkritik üben.

«Aber man sollte die Stimmen aus der Bevölkerung ernst nehmen und die schon früh geäusserte Kritik der Stadt und der Quartiervereine berücksichtigengerade bei einem Projekt, das die Stadt für die kommenden Jahrzehnte derart stark betrifft.» De Ventura verweist auf die städtische Baureferentin Katrin Bernath. Diese schlägt zunächst die Umsetzung eines reduzierten Projekts auf dem Abschnitt Anschluss Süd bis Anschluss Nord vor. Erst später solle der umstrittene Teil vom Anschluss Nord bis nach Herblingen angegangen werden. «Wie vom kantonalen Baudirektor festgehalten, ist in diesem Abschnitt eine städtebaulich verträglichere Lösung zu finden, die in einer späteren Etappe realisiert werden kann», schreibt Bernath auf Anfrage.

Laut De Ventura ist genau das der richtige Weg: «Wir müssen geeint auftreten, und das können wir nur bei einem angepassten Projekt.» Mehr Pragmatismus Auch FDP-Ständerat Severin Brüngger spricht sich für eine möglichst breit abgestützte Lösung aus und befürwortet gewisse Anpassungen. «Das gleiche Projekt noch einmal aufs Tapet zu bringen, wäre demokratiepolitisch schwierig. Es braucht jetzt einen runden Tisch und die Suche nach einem Konsens. Mich würde es sehr überraschen, wenn wir danach nicht noch einmal mit Astra sprechen könnten.

» Schliesslich sei auch dem Bundesamt für Strassen an einer guten Lösung gelegen. Es werde nicht partout einen Sicherheitsstollen für 70 Millionen Franken durchstieren, wenn sich das Problem mit etwas Pragmatismus gemeinsam anders lösen lasse. Reise nach Bundesbern Von Bundesbern ein Schwenker in die Lokalpolitik. FDP-Kantonsrätin Nina Schärrier freut sich über die neue Priorisierung. Schärrier hat gemeinsam mit SVP-Mann Peter Scheck eine Standesinitiative lanciert.

Nach einer kontraversen Debatte stimmte das Kantons-Parlament dem Vorstoss im Mai 2025 zu und erteilte der Regierung den Auftrag, in Bern vorstellig zu werden, um für eine zweite Röhre zu kämpfen. Am 12. Januar reiste sie deshalb gemeinsam mit Baudirektor Martin Kessler nach Bern, um bei der Verkehrskommission des Ständerats vorzusprechen. «Wir haben Schaffhausen vertreten und die Dringlichkeit dieses Projekts hervorgehoben», so Schärrier. «Ich hatte ein gutes Gefühl.

Unser Anliegen wurde mit Interesse aufgenommen.» Im Gegensatz zu anderen Ostschweizer Kantonen hat der Schaffhauser Vorstoss darauf verzichtet, eine unveränderte Kopie des abgelehnten Tunnelprojekts ins Auge zu fassen. «Ich habe zwar den Eindruck, dass die ursprüngliche Variante der zweiten Röhre eine der besten Optionen ist. Allerdings soll man auch die Kritik der städtischen Bevölkerung ernst nehmen», sagt Schärrier. «Daher lohnt es sich bestimmt, nochmals über die Bücher zu gehen.

» Schockiert vom Bund Weniger erfreut zeigt sich der Schaffhauser Grünen-Präsident und Kantonsrat Gianluca Looser: «Ich finde es schockierend, dass der Bund verworfene Projekte unverändert wieder vorlegt, nachdem das Volk klar Nein gesagt hat», sagt er. «Insofern kann man von einer Missachtung des Volkswillens sprechen.» Das Argument, der Kanton Schaffhausen habe an der Urne dem Ausbau doch zugestimmt, will der Grünen-Politiker nicht gelten lassen: «Nationalstrassen sind ganz klar aus einer schweizweiten Perspektive zu werten. Schliesslich handelt es sich um ein sehr weites und vernetztes Verkehrssystem. Der Fäsenstaubausbau ist kein Projekt, das der Kanton alleine stemmen würde.

Zudem hat die Stadt Schaffhausen, die am meisten betroffen wäre, Nein gesagt.» Wenn es nach Looser geht, hätte das Departement von Verkehrsminister Albert Rösti anders vorgehen sollen: «Die Frage ist, wie wir den Mehrverkehr verlagern, um weniger Probleme auf den Strassen zu haben. Für mich ist klar: Der Mehrverkehr ist bis zu einem gewissen Punkt hausgemacht. Wenn mehr Strassen gebaut werden, dann füllen sie sich auch.» Loosers Lösung: «Die Strassen müssen mit einem Ausbau des öffentlichen Verkehrs und umweltfreundlicher Mobilität gezielt entlastet werden, um Platz für diejenigen zu schaffen, die wirklich auf das Auto angewiesen sind.

» Das ursprüngliche Fäsenstaubprojekt laufe diesem Prinzip allerdings zuwider. «Die Variante, über die wir abgestimmt haben, führt zu Mehrverkehr in den Quartieren. Das müssen wir

verhindern.» Ob und inwiefern er die Neuauflage bekämpfen werde, darüber mache er sich noch Gedanken, sobald feststeht, wie das neue Projekt aussehen soll. Neue Chance Obwohl seine Partei den Ausbau bei der Abstimmung bekämpft hat, wertet GLP-Kantonsrat Fabian Bolli die Ankündigung des Bunds auch als Chance.

Der Grund: Nun können die Fehler des alten Projekts ausgemerzt werden. «Unsere Politik zum Fäsenstaub ist seit Jahren dieselbe: Wir fordern eine Redimensionierung.» Dass sich Regierungsrat Martin Kessler gegenüber den SN ebenfalls zu einer Überarbeitung des Projekts bekannt hat, wertet Bolli als grossen Fortschritt. In den neuen Plänen wird das Projekt jedoch weiterhin mit rund 500 Millionen Franken beziffert- das ist dasselbe Preisschild wie bei der Abstimmung vor rund einem Jahr. Dies deutet zumindest noch nicht auf eine grundlegende Überarbeitung hin, allerdings kann sich das in den nächsten Planungsphasen noch verändern.

Für Bolli ist klar: «Die Fokussierung des Projekts auf die zweite Röhre muss jetzt in der Planung des Bundes verbindlich werden.» Das bringe auch den grössten Nutzen in puncto Sanierung und Sicherheit. Ansonsten könne er die Pläne weiterhin nicht unterstützen. «Stand jetzt ist das Projekt überdimensioniert und schadet mehr, als es nützt.» «Wenn wir in den nächsten fünf bis zehn Jahren keine Lösung finden, wäre das eine Bankrotterklärung.